

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/YX/244

Bonn, den 21. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	De Gaulle und Adenauer ----- Einladung zum "richtigen Zeitpunkt"	21
1	Getrübte Weihnachtsfreude ----- Preiserhöhungen und kein Ende	27
2 - 3	Ausschlußarbeit öffentlich ----- Mehr Publizität für die Parlamente Von Fritz Säger, MdB	73
4	Per Haekkerup ----- Zum 50. Geburtstag des dänischen Außenministers	50
5	Sieg der Vernunft ----- Der JKO-Beschluß zur Zypernfrage Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	56

+ + -

De Gaulle und Adenauer

Einladung zum "richtigen Zeitpunkt"

sp - Eine der ersten politischen Aktionen des wiedergewählten Staatspräsidenten de Gaulle ist die Einladung an seinen alten Freund, Dr. Konrad Adenauer. Man hört man, diese Einladung sei schon vor der Wahl besprochen worden; man habe sie aber erst jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben, um sicher zu sein, daß jeder den "richtigen Zeitpunkt" bemerkt. Unter "richtigem Zeitpunkt" versteht man in Paris und Rhöndorf gleichermaßen den Besuch von Erhard, Schröder und von Fassel in Washington. Wenn auch in Paris und Rhöndorf betont wird, Präsident de Gaulle und Altbundeskanzler Adenauer wollten sich "nur rein privat" unterhalten, so dürfte jedem Eingeweihten klar sein, daß hier eine Demonstration veranstaltet werden soll, die sich ebenso gegen Washington wie gegen Bonn richtet. Weder de Gaulle noch Adenauer und sein Anhang in der CDU/CSU haben das von Franz Josef Strauß während der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung visierte Ziel einer "europäischen Atomstreitmacht" aufgesteckt. Gerade in diesen Tagen, nur gedämpft durch das bevorstehende Weihnachtsfest, baut die CDU/CSU-Fronde gegen Erhard ihre Front weiter aus. Wenn nicht alles täuscht, wird der Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus den USA hier einige Fußangeln vorfinden, die seit langen kunstvoll im Gestrüpp der bundesrepublikanischen Außenpolitik gelegt worden sind. Die Einladung de Gaulles an Adenauer zu diesem Zeitpunkt spricht Bände.

+ + +

Getrübte Weihnachtsfreude - Preiserhöhungen und kein Ende

sp - Der Verbraucher hat in diesen Tagen und Wochen nichts zu lachen. Ein Abflauen der Preiswelle liegt außer Sichtweite. Mit jedem Tag wird die Ohnmacht der Bundesregierung offenkundig, die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Das Gespräch mit den Sozialpartnern brachte, obwohl von vielen freundlichen Worten umrahmt, keine Aufschlüsse darüber, was die Bundesregierung unternehmen wird, um ihrem Ziel der Stabilisierung von Währung und Preisen nahe zu kommen. Zunächst schlug sie mit den bevorstehenden drastischen Erhöhungen der Post- und Eisenbahntarife den umgekehrten Weg ein. Es bedarf keiner volkswirtschaftlichen Kenntnisse, um zu wissen, daß davon ein neuerlicher, viele Bereiche umfassender Preisauftrieb ausgehen wird. Vor den Wahlen wurde dem Wähler versichert, es werde weder Steuer- noch Tarifierhöhungen geben. Das Gegenteil ist nun der Fall. Das nennt man schlicht Vertrauensbruch. Es wird aber weitergewurstelt. Heute rächen sich die schweren Sünden der Vergangenheit. Das Milliardendefizit der Bundesbahn war vorauszusagen, doch es fehlte der Mut zu einer, den modernen Bedürfnissen angepaßten Verkehrspolitik. Die Entwicklung gleitet der Regierung aus den Händen. Es fehlt jeder kontrollierende Einfluß. Dort, wo sie sich entschließt, etwas zu tun, weicht sie dann vor dem eigenen Mut zurück. So wäre die Regierung zwar in der Lage, die Grenzabschöpfungen für Schweine und Schweinefleisch zu senken, aber sie tut das nicht, obwohl sie selbst bei der EWG-Kommission einen entsprechenden Antrag durchgesetzt hatte. Eine ganz schlimme Enttäuschung erleben in diesen Tagen die VERA-Aktionäre. Die Kurse fallen, sie liegen sogar unter dem Ausgabekurs. Wo bleibt hier die Politik der Eigentumsförderung? Sie zerrinnt unter der Richtungslosigkeit einer Regierung, die wirklich nicht weiß, wie sie mit den von ihr selbst verursachten Schwierigkeiten fertig werden soll.

+ + +

Ausschußarbeit öffentlich

Mehr Publizität für die Parlamente

Von Fritz Süniger, MdB

Ob Sitzungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestages oder der Landtage öffentlich sein sollten oder nicht, diese Frage wird seit Jahrzehnten in Deutschland immer wieder einmal erörtert, ohne daß es bisher zueiner befriedigenden Lösung oder auch nur Antwort gekommen wäre. Weithin sind die Sitzungen der Parlamentsausschüsse nicht für den Staatsbürger und auch nicht für die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen zugänglich, wenn sie nicht gar als vertraulich oder geheim abgeschirmt werden. Nur in Bayern gibt es die Ausnahme öffentlicher Ausschußsitzungen des Landtages, jedoch in einigen nichtdeutschen Ländern eine allgemeine Regelung öffentlicher Arbeit in den Ausschüssen.

Bei der Beratung des Deutschen Bundestages über die Regierungserklärung und das Haushaltssicherungsgesetz kam das Thema am 1. Dezember 1965 abermals auf. Dr. Gustav Heinemann hatte sich darüber beklagt, daß die Arbeit an dem großen und weitgreifenden Werk der Reform des deutschen Strafrechtes allzu sehr hinter verschlossenen Türen geschehe und daß die Öffentlichkeit, die ein unmittelbares Interesse an einer Reform des Strafrechtes haben müsse, keine Gelegenheit erhalte, die Arbeit zu beobachten. Es sei von erheblicher Bedeutung, daß die Bürger im demokratisch regierten Lande teilnehmen an der Werden eines solchen Gesetzwerkes - so war der Tenor der Kritik, - das alle angehe und dessen Bestimmungen und Willen die Rechtsordnung im neuen Deutschland und das Bewußtsein staatsbürgerlicher Mitverantwortung bei jedermann mitformen sollten. Opposition und Koalitionsredner Benda (CDU) stimmten darin überein, daß "die Arbeit an der Strafrechtsreform eine wichtige Sache ist, an der die deutsche Öffentlichkeit beteiligt werden muß". Nur über das WIE war man verschiedener Meinung. Dem einen genügte die bisherige gelegentliche Erörterung in der Öffentlichkeit, obwohl diese sich fast ausschließlich an einigen Sondervorgängen und kritischen Details entzündete. Die Opposition indessen wünschte eine Chance für eine breite Diskussion der gesamten Reformarbeit und ihrer Absichten.

In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag gemacht, daß die Presse zu den Sitzungen des Sonderausschusses zugelassen werde, der künftig die Vorlage zur Strafrechtsreform bearbeiten wird. Da ich diese Anregung gab, kann ich (nach dem Wortlaut meiner Frage) nur noch einmal hinzufügen, daß dieser Vorschlag nicht nur für dieses Thema der Strafrechtsreform gemacht wurde, sondern für alle "die breite Öffentlichkeit interessierenden Angelegenheiten". Der Koalitionssprecher stimmte im Grundsatz zu und meinte, daß sich "mit dieser Grundfrage einmal die dafür zuständigen Gremien in diesem Hause und die Fraktionsvorstände befassen sollten".

Das sollten sie! Die Erörterung dieser Frage darf nicht wieder einschlafen, eine Lösung muß gefunden werden. Wenn es schon unzulässig erscheint und wenn es technische Gründe (Platzmangel) und andere gibt, die Öffentlichkeit ausnahmslos zuzulassen, so sollte bei Gesetzeswerken von der Bedeutung, die eine solche Reform hat, bei Gesetzesvorlagen überhaupt, die den Staatsbürger allgemein angehen, die Brücke vom Parlament zur Öffentlichkeit durch die Journalisten aus Presse, Funk und Fernsehen geschlagen werden.

Der Deutsche Bundestag leidet an einem erheblichen Mangel an Publizität. Die Berichterstattung über seine Arbeit ist tatsächlich überwiegend eine Information über Maßnahmen der Regierung. Nicht der Abgeordnete oder die Fraktion, die eine Initiative entwickelt haben und diese vortragen, werden in den Berichten genannt, sondern der Bundeskanzler oder Bundesminister, der auf einen solchen Vorschlag antwortet. Hier wirkt sich offenbar noch immer der Respekt vor der Regierung als Obrigkeit (unablässig) aus, während das Wissen um die Position der Legislative nur schwach entwickelt ist. Die Staatsgewalt geht aber vom Volke aus, und die Beziehungen zu den Volksvertretern sollten von allen, die dem Volke berichten, mit besonderem Vorrang gepflegt werden. Solange ein Entwurf noch nicht Gesetz geworden ist, obliegt die Entscheidung dem Parlament und nicht der Regierung, die abzuwarten hat, was das Parlament beschließt. Dies zu beachten wäre eine nützliche Vorbedingung, um den Lesern und Hörern deutlich ins Bewußtsein zu rufen, daß die von ihnen gewählten Abgeordneten eine Aufgabe erfüllen, zu der die Staatsbürger ihnen ihr Vertrauen geschenkt oder ihr Mißtrauen bekundet haben.

Die Beziehung zum Wähler wäre auch dem Abgeordneten nützlich. Und diese Verbindung kann je enger werden, desto intensiver aus der Arbeit des Parlamentes berichtet wird. Diese Arbeit liegt besonders stark in den Ausschüssen. Darum wäre immer dann, wenn dort allgemein wichtige Gesetze behandelt werden, das Anregen und Mitdenken eine förderliche Hilfe für die Entwicklung einer demokratischen Wirklichkeit.

Per Haekkerup

Zum 50. Geburtstag des dänischen Außenministers

sp. - Der dänische Außenminister Per Haekkerup wird am 25. Dezember 50 Jahre alt. Der weit über Europa hinaus bekannt gewordene dynamische und quicklebendige Politiker leitet das Auswärtige Amt in Schloß Christiansborg seit dem 3. September 1962. Mehr als einmal hat dieser Mann die Schlagzeilen in der skandinavischen Presse bestimmt. Als Makler der Skandinavier und des Königreichs Dänemark hat er sich nachdrücklich für die Politik des Ausgleichs und der Befriedung in der Welt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat eingesetzt. Per Haekkerup ist kein Freund rechts- oder linksradikaler Regime mit totalitärem Anstrich.

Der jetzt fünfzig Jahre alt gewordene Mann entstammt einer Familie, die sich mit dem politischen Leben Dänemarks und mit dem der führenden Regierungspartei, den Sozialdemokraten, eng verbunden fühlt. Sein Vater war Redakteur und Bürgermeister einer dänischen Provinzstadt. Später wurde er Mitglied des Folketings. Der Bruder von Per, Hans Haekkerup, war von 1955 bis 1964 dänischer Justizminister. Seitdem ist er Innenminister unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag. Die Gattin von Per Haekkerup, Frau Margarethe, wurde im September 1964 in den Folketing gewählt.

Per Haekkerup ist persönlich ein bescheidener Mann. Erfährt mit der Kopenhagener S-Bahn ins Amt. Seine Diensträume auf Schloß Christiansborg sind stilvoll aber bescheiden ausgestattet. Mancher deutsche Staatssekretär würde diese Räumlichkeiten als nicht genügend betrachten. Wer mit Haekkerup zu tun hat, ist von seiner direkten und offenen Art, von seiner Herzlichkeit und realen Betrachtungsweise eingenommen.

Dieser Mann hat überall in der Welt Freunde, und wo das vielleicht im Ostblock nicht der Fall ist, begegnet man ihm mit der Achtung, die einem couragierten Mann gebührt. Erst kürzlich in Moskau, Warschau und Prag hat er die Sache der Bundesrepublik als dem freiheitlichen Teil Deutschlands energisch vertreten. Per Haekkerup kann sich kein Gesamtdeutschland unter einem totalen kommunistischen Regime vorstellen. Zugleich betrachtet er aber, wie man weiß, auch jede neonazistische Regierung in der Bundesrepublik mit größter Aufmerksamkeit.

Wesentliches Element der Außenpolitik, die Per Haekkerup für Dänemark vertritt, ist die Mitgliedschaft des nordischen Königreichs in den Vereinten Nationen. Per Haekkerup glaubt daran, daß die UN Konflikte in der Welt dämpfen kann. Dänemark zahlt für Soldaten, die bei UN-Friedensaktionen auch aus dem eigenen Land eingesetzt werden. Ferner geht die reale Einschätzung der Machtverhältnisse Haekkerups davon aus, daß Dänemark Mitglied in der NATO sein muß, auch wenn es nach wie vor darauf beharrt, keine Atomsprengekörper auf seinem Territorium zu lagern. Er ist ferner ein Mann der kleinen Freihandelszone, der EFTA, der betont wünscht, daß nun endlich die beiden Wirtschaftsblöcke EWG und EFTA in Europa zusammenfinden.

Bei alledem kann Haekkerup sich nicht auf die Militär- und machtpolitischen Gewichte einer Großmacht stützen. Der moderne und robuste Diplomat aus Dänemark beherrscht aber vorzüglich das Rezept, wie ein kleiner hochentwickelter Staat mit humanitärer und freiheitlicher Gesinnung auf der Weltbühne Einfluß im Sinne von Frieden, Freiheit und Fortschritt ausüben kann.

Sieg der Vernunft

Der UNO-Beschluß zur Zypernfrage

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die Zypernfrage tritt nun in eine diplomatische Phase ein, die unter anderem die friedliche Entwicklung auf der Mittelmeerinsel garantieren soll. 47 Staaten haben im politischen Ausschuß der UNO für die Unabhängigkeit und unbegrenzte Selbständigkeit des zypriotischen Staates gestimmt. Dieser Entwurf, der die Souveränität der Insel vorsieht, das Recht einer äußeren Intervention ausschließt und betont, daß das zypriotische Volk allein und frei über seine Zukunft entscheiden soll, wurde von den blockfreien afro-asiatischen Ländern vorgelobt und fand die Unterstützung der erwähnten Zahl von 47 Nationen, darunter Zypern selbst und Griechenland. Sechs Staaten, darunter die Türkei, Albanien, die USA und die Sowjetunion haben dagegen gestimmt, während sich 51 Staaten der Stimme enthielten. Damit wurde für den Entwurf der Afro-Asiaten keine Mehrheit erreicht. Dennoch bedeutet diese Entwicklung einen ausdrücklichen Sieg der Prinzipien der Vereinten Nationen und des Selbstbestimmungsrechtes. Denn obwohl sich die beiden wichtigsten Großmächte, die Sowjetunion und die USA, ausdrücklich gegen den Entwurf der blockfreien Afro-Asiaten stellten, zeigte sich doch, daß die anderen UNO-Staaten mehr und mehr ihre eigene Rolle in Weltgeschehen betonen und nicht ohne weiteres, was ihre Beschlüsse und politischen Überlegungen angeht, als Anhänger eines bestimmten Blockes anzusehen sind.

Zyperns Weg zur Unabhängigkeit war und ist nicht nur schwierig und hart; er könnte sich zu einem Weltkonflikt ausweiten. Die durch die Verträge von Zürich und London 1959 geschaffene künstliche Lösung der Zypernfrage trug bereits die Keime zu der späteren Krise in sich, die im vorigen Jahr zu einer offenen Spannung zwischen Griechenland und der Türkei führte. Es ist zweifellos ein Verdienst der zypriotischen Regierung, daß sie im Frühjahr 1964 beinahe stur ihr Ziel verfolgte und es auch erreichte, nämlich, das Zypernproblem der Zuständigkeit der UNO zu unterstellen. Erzbischof Makarios wurde damals überall kritisiert, weil er Zypern nicht der Zuständigkeit der NATO überlassen wollte; dabei wurde ihm sogar ein pro-sowjetischer Kurs vorgeworfen. Nun, da die Sowjetunion ihre Erwartungen nicht erfüllt sieht, stellt sie sich gegen die volle Souveränität Zyperns. Die Tatsache, daß Zypern der Vereinten Nationen unterstellt wurde, brachte nicht nur der Mittelmeerinsel den Frieden, sondern erhöhte auch das Ansehen der Weltorganisation, indem sie in einer äußerst komplizierten Frage eine geschickte Rolle spielen konnte.

Die Großmächte zeigten mit ihrer Stimme - sogar das von den Chinesen abhängige Albanien hat genau wie die Sowjetunion und die USA gegen den Beschluß der Unabhängigkeit gestimmt - nur, daß ihnen die Entwicklung, in die die Zypernfrage nun eintritt, nämlich der Weg zur vollen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, unbequem ist. Vielleicht wäre manchen unter ihnen ein offener Konflikt angenehmer; jedenfalls wollen sie keine Notiz von der allmählichen Stärke der einzelnen UNO-Mitglieder nehmen, deren Ausdruck der Beschluß der Afro-Asiaten ist.